

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unvollständige Einzahlung von Abonnements ist dem Redaktionsbüro keine Verantwortung.

Verlagsgesellschaft Berliner Tageblatt in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Müller in Berlin.

Die Kämpfe bei Thiancourt.

Zwischl. Großes Hauptquartier, 14. September, Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

Nordöstlich von Vifchoote machten wir bei eigener Unternehmung und bei Abwehr eines feindlichen Teilangriffes Gelangene.

Am Kanalabschnitt führten eigene und feindliche Kräfte zu heftigen Kämpfen bei Moencres und Savrin-court. Teilangriffe des Gegners gegen Gonzeaucourt, nördlich von Vermand und beiderseits der Straße Sam-St. Quentin wurden abgewiesen.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.

Angriffe, die der Feind am Nachmittag zwischen Willeke und Aisne nach harter Feuertorbereitung führte, scheiterten vor unseren Linien. Östliche Regimenter schlugen am Abend erneute Angriffe ab. Artillerietätigkeit zwischen Aisne und Vesle.

Secresgruppe Gallwitz.

Südlich von Drué und an der Straße Verdun-Etain wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. An der Kampffront zwischen der Côte Lorraine und der Mosel verlief der Tag bei mäßiger Geschützaktivität. Der Feind hat seine Angriffe gestern nicht fortgesetzt. Ostlich von Combrés und nordwestlich von Thiancourt

führte er gegen unsere neuen Linien vor. Dertliche Kämpfe östlich von Thiancourt.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff (M. F. B.)



ist zu verhindern, seine Villa an Malby zu vermieten. Als er seine Villa trotzdem an Malby vermietet, sei er mehrfach bedroht worden. Ein der französischen Botschaft in Madrid attacheder Oberkonsul habe persönlich interveniert, um Malbys Aufnahme in der Villa Ageline zu verhindern.

Die Londoner Sozialistenkonferenz.

Mitbestimmung unter den französischen Sozialisten.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 14. September.

Die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkonferenz wird am Dienstag, 17. September, in London beginnen. Die französischen Delegierten der sozialistischen Partei und des allgemeinen Arbeiterbundes sind von ihrer Partei mit dem bestimmten Auftrag nach London entsandt worden, eine Einigung über die internationale Konferenz herbeizuführen. Der Arbeitsbund hat sogar speziell den Vorstoßenden des Verbandes der französischen Sozialisten, Rivelli, als Delegierten entsandt, damit dieser mit dem englischen Verband der Sozialisten eine Einigung über die Beförderung der Delegierten zur internationalen Konferenz herbeiführt. In französischen sozialistischen Kreisen macht sich jedoch schon jetzt eine lebhafteste Mißstimmung gegen die Konferenz geltend. Wie bekannt, haben die italienischen Sozialisten beschlossen, an dieser Tagung nicht teilzunehmen. Andererseits ist die Bedingung der französischen Sozialisten, daß die amerikanischen sozialistischen Parteien eingeladen werden solle, nicht erfüllt worden. Nach dem Willen von Combrés dürfen die amerikanischen Sozialisten, die der Internationale angehören, nicht eingeladen werden. „Journal du Peuple“ teilt mit, daß die französischen Delegierten in London deswegen protestieren würden und schreibt: „Die internationalen Konferenz wird trotz dieses Protestes ihren handlungsreichen Charakter bewahren. Gute sozialistische Elemente sind auf ihr nicht vertreten, während ausgesprochene Gegner der Sozialisten daran teilnehmen. Aus dieser Konferenz kann nichts Erreichliches hervorgehen. Es muß sich übrigens darauf beschränken, einen Bericht von Combrés über das Memorandum vom Februar anzuhören. Nur wenn Combrés eine Veränderung dieses Memorandums wünscht, kann eine allgemeine Aussprache eröffnet und können neue Entschlüsse getroffen werden.“ Das Blatt erklärt zum Schluß, daß man die Ergebnisse dieser Konferenz mit größter Reserve aufnehmen müsse, und daß diese die sozialistische Partei in keiner Weise verpflichten könnten, da die Konferenz auf anomale Weise einberufen worden sei.

b. Stockholm, 14. September.

Den beiden Vertretern der russischen Demokraten und sozial-revolutionären Vertretern in Stockholm, Paul Axelrod und Nikolai Rossanow, die von Henderson und Boberman zur Londoner internationalen Sozialistenkonferenz eingeladen waren, wurde von Seiten der englisch-französischen Behörden der Paß nach London verweigert.

w. Basel, 14. September.

In einem „Die Falle des Herrn Zolofra“ überschriebenen Artikel greift der „Temps“ den holländischen Sozialisten scharf an. Er schreibt u. a.: „Während Scheidemann mit den Sozialisten der neutralen Länder launert und ihnen die deutsche Auffassung über den Krieg und Frieden beibringen verliert, wendet Zolofra sich zu gewinnen. Jedes seiner Worte rührt sich das für seine Idee zu gewinnen. Jedes seiner Worte rührt sich das für seine Idee zu gewinnen. Jedes seiner Worte rührt sich das für seine Idee zu gewinnen.“

Die „Kölner“ und die „Berliner“.

Kardinal v. Hartmann und die westdeutschen Arbeitervereine. — Der Kampf um das Wahlrecht.

In dem nachstehenden Artikel schildert eine führende Persönlichkeit der christlichen Gewerkschaften die grundsätzliche Bedeutung des Kampfes gegen das Münchener-Glabbacher System. Die Redaktion.

Das neuerliche Vorgehen des Kölner Kardinals v. Hartmann gegen die sogenannte Münchener-Glabbacher Richtung in den katholischen Arbeitervereinen, das mit der Amtsenthebung des bisherigen Diözesanpräses Dr. Müller-M-Glabbacher zu einem offenen, aufsehenerregenden Konflikt zwischen der Kölner Kurie und den katholischen Arbeitern geführt hat, ist symptomatisch für die Zustände im katholischen Lager. Es handelt sich hier weniger um die Persönlichkeit Dr. Müllers, als um das Wiedertraffen des alten Richtungsrettes im katholischen Lager, um den vor dem Kriege mit leidenschaftlicher Erbitterung geführt, seit Kriegsausbruch aber zurückgestellten Kampf zwischen den sogenannten Integralen und der fortschrittlichen Richtung im Katholizismus. Heute sind die Rollen aber anders verteilt, wenigstens die Führung in diesem Streit ist in andere Hände übergegangen, die Front hat sich stark verändert. Tamsals stand auf der einen Seite der inzwischen verstorbene streitbare Fürbischof von Breslau, Kardinal Kopp, auf der anderen Seite der ebenfalls verstorbene kluge Zentrumspolitiker und Leiter der „Katholischen Volkzeitung“, Julius Bahnen, der bei dem verstorbenen Kölner Kardinalerzbischof Fischer Rückendeckung fand. Diese Persönlichkeiten sind durch andere mit hoch abweichenden, teils direkt gegenentgegengesetzten Auffassungen ersetzt. Das geistige Erbe Kopp's ist nicht auf seinen Breslauer Nachfolger, sondern auf den jetzigen Inhaber des Kölner erzbischöflichen Stuhls übergegangen. Die „Katholische Volkzeitung“, früher das einflussreiche und führende Sprachrohr der sogenannten „Kölner“ (fortschrittlichen) Richtung, hat sich innerlich gewandelt, ist in das Fahrwasser des jetzigen Kölner Kardinals eingeschwenkt und wird in Zukunft nicht mehr gegen den Stachel lösen. Diese Schwendung der „Katholischen Volkzeitung“ war auch der tiefere Grund für das Ausschließen Julius Bahmens aus der Redaktion des Kölner Zentrumsblasses, dessen Schwendung er nicht mitmachen konnte.

Der Schwerpunkt der fortschrittlichen Richtung verlagerte sich nämlich nach München-Glabbacher, wo die Zentralstellen des katholischen Volksvereins, der katholischen Arbeitervereine, eines Studenten-Extraktors usw. die Politik der „Kölner“ Richtung zwar vorzüglich aber konsequent weiter verfolgten. Zwischen der letzteren und dem derzeitigen Kölner Kardinal wurden schon seit dessen Wahl ein frostiges, um nicht zu sagen gespanntes Verhältnis. Die Art und Weise, wie diese Wahl zustande kam, mußte in den eingeweihten Kreisen Verwirrung und Verdruss zurücklassen.

Der Kandidat der „Kölner“ Richtung und des Kölner Domkapitels war der Weibbischof Dr. Müller, dessen Wahl ziemlich sicher stand. Aber einem konzertierten Druck, der von Rom, und auf dem Umwege über Breslau von Berliner Regierungskreisen ausübt wurde, gelang es, den vom Kardinal Kopp vorgeschlagenen Kandidaten Hartmann mit Ach und Krach durchzuführen. Wie ein Pfeil in der Frühlingssnacht wirkte dieser Wahlausgang auf die Kreise der „Kölner“ Richtung, die statt einer Stütze nun einen Gegner in dem Kölner erzbischöflichen Palais einziehen sahen. Mit Ausnahme der „Katholischen Volkzeitung“ haben die führenden Kreise der „Kölner“ Richtung kein richtiges Verhältnis zu dem ihnen quasi aufgedrängten Erzbischof finden können. Die Spannung blieb bestehen. Nach mancher Richtung hin hat sie sich fortwährend verschärft. Argwohnigste Mißtrauen auf der einen, Groll und Furcht vor dem obrigkeitlichen Damoklesschwert auf der anderen Seite ferngehalten die Atmosphäre zwischen Köln und München-Glabbacher. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, wäre der offene Konflikt wahrscheinlich schon früher zum Ausbruch gekommen. Mit Heiligem Annut hat der Kölner Kardinal die angespannte Selbstbeherrschung und demokratische Zensur der Münchener-Glabbacher Politik beobachtet. Nur Rückstufen auf die andersgearteten Mitglieder des preußischen Episcopats und die durch den Krieg geschaffene Gesamtlage haben ihn bisher von gewaltsamen Eingriffen zurückgehalten. Ob die Ehemonie des Episcopats auf der letzten Fuldaer Bischofskonferenz erreicht wurde, wie es nach verschiedenen Verlautbarungen scheinen könnte, mag vorläufig dahingestellt sein, wird sich aber wohl bald auflären.

Jedenfalls hat der Kölner Kardinal den Zeitpunkt für gekommen erachtet, den offenen Kampf mit der früheren „Kölner“ oder jetzigen Münchener-Glabbacher Richtung aufzunehmen. Die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Wahlrechtsfrage im Katholizismus haben nunmehr den Stein ins Rollen gebracht. Die Erklärung des Kölner Generalvikars, wonach die Verabschiedung Dr. Müllers mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht in keinerlei Beziehung stehe, kann nur ungläubiges Kopfschütteln hervorgerufen. Diese Erklärung steht auch im Widerspruch zu dem bekannt gewordenen Bericht Dr. Müllers in einer Arbeitersekretärkonferenz, wonach in der diesbezüglichen Aussprache zwischen dem Kardinal und Dr. Müller „ausdrücklich

Vorbereitung einer direkten Aussprache mit dem Feinde durch Graf Burian?

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Wien, 14. September.

In politischen Kreisen verlautet, Graf Burian werde in kürzester Zeit den Versuch machen, den Obersten, den er in seiner Rede beim Banquet zu Ehren der reichsdeutschen Pressevertreter am Montag zum Ausdruck gebracht hat, praktisch durchzuführen und auf diplomatischem Wege eine direkte informative Aussprache herbeizuführen.

Die französische Presse gegen die deutsche „Friedensoffensive“.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

W. Basel, 14. September.

Sobald verbreitet folgende Mitteilung: „In dem Augenblick, da die Lage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwieriger wird, unternehmen die Mittelmächte eine neue Friedensoffensive. Sie versuchen einen diplomatischen Feldzug einzuleiten, in der Absicht, die Mittelmächte vor einer Katastrophe zu retten, die unermesslich erscheint. Es tritt nicht einer allein auf dem Kampffeld auf. Der König von Bayern, die Finanzmänner, die Industriellen, die Sozialisten, sie alle betonen in gleicher Weise die Notwendigkeit ihrer Maßnahmen und die Überzeugung, daß der Krieg nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann. Es ist das alle Mandat, das aber dem gleichen Schicksal der Niederlage verfallt: die Entente wird nicht in die Schlinge gehen.“

Das „Journal“ schreibt: „Die Völker der Entente, die dieses Mandat durchzuführen haben, sind bereit, diesem neuen Schachzug mit der gleichen Ruhe und der gleichen Energie Handlung zu halten, die sie dem Sturm Hindenburg entgegensetzt haben.“ Der „Welt Anzeiger“ sagt: „Präsident Wilson hat in der Verklärung seiner 14 Bedingungen den besten Boden für eine Auseinandersetzung geschaffen. Ist Graf Burian bereit, ihn nach Auseinandersetzung zu verlassen. Es gibt keine andere Strategie, dieser Richtung hin zu folgen.“ Es gibt keine andere Strategie, dieser Richtung hin zu folgen.“ Es gibt keine andere Strategie, dieser Richtung hin zu folgen.“

Die parlamentarische Prüfung der Maloy-Affäre.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Genf, 14. September.

Die Parteigruppen der Deputiertenkammer haben ihre Vertreter für die große Kommission bestimmt, der die Prüfung der Maloy-Affäre überwiegen werden soll. Die sozialistische Partei hat folgende Delegierte ernannt: Moutet, Renaudel, Lafont, Sembat, Monneras, Berenue und Albert Thomas. Die radikalere und sozialistisch-radikale Partei entsendet 13 Vertreter, darunter Bouhsson, Bouffandeau, Vincent, Dalmier, Tissier, Renard, Barreire. Die republikanische Partei entsendet 13 Mitglieder. Die republikanische Partei entsendet 13 Mitglieder. Die republikanische Partei entsendet 13 Mitglieder. Die republikanische Partei entsendet 13 Mitglieder.